POLITIK

400 Millionen Dollar gekürzt

US-Regierung bestraft Elite-Uni für Antisemitismus

08.03.2025, 03:04 Uhr

Artikel anhören

Propalästinensische Campus-Demonstrationen an der Columbia University im September 2024.
(Foto: AP)

Folgen auf:

VIDEOS

POLITIK 07.03.2025 19:44
Russland-Kurs stößt auf Kritik
Fritz: "Trump hat massiven Gegenwind im Land"

POLITIK 07.03.2025 18:33
Angst vor Abschiebungen geht um
Ukrainerin in New York: Trump "benimmt sich wie ein Schwein"

Nach dem Massaker der Hamas in Israel beginnt für viele jüdische Studenten an den US-Eliteuniversitäten ein Martyrium: Sie werden bedroht, schikaniert und eingeschüchtert. Das Weiße Haus kürzt deshalb der Columbia University die Zuschüsse und kündigt weitere Schritte an.

Die US-Regierung hat die staatliche Unterstützung für die renommierte New Yorker Columbia University wegen ihres Versagens beim Schutz jüdischer Studenten um 400 Millionen Dollar gekürzt. Bundeszuschüsse und Verträge in Höhe von rund 400 Millionen Dollar würden sofort gestrichen, erklärten vier Regierungsbehörden gemeinsam. Grund dafür sei "die fortgesetzte Untätigkeit" der Einrichtung "angesichts der anhaltenden Schikanen gegen jüdische Studenten". Die Kürzungen seien "die erste Runde der Maßnahmen", hieß es in der gemeinsamen Erklärung der Regierungsbehörden weiter. Weitere Kürzungen der staatlichen Unterstützung für die Columbia University, die sich insgesamt auf rund fünf Milliarden Dollar beläuft, waren demnach zu erwarten.

US-Bildungsministerin Linda McMahon warf der Leitung der renommierten Universität vor, bei den gewaltsamen antisemitischen Ausschreitungen auf ihrem Campus zu lange weggeschaut zu haben. Seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des beispiellosen Überfalls der radikalislamischen Palästinenserorganisation Hamas auf Israel, seien jüdische Studierende auf dem Uni-Gelände "unaufhörlicher Gewalt, Einschüchterung und antisemitischer Drangsalierung ausgesetzt - und werden von denen, die sie eigentlich schützen sollten, ignoriert", erklärte McMahon. Universitäten müssten jedoch "alle Bundesgesetze gegen Diskriminierung befolgen, wenn sie staatliche Unterstützung bekommen sollen", erklärte sie weiter.

POLITIK 07.03.25
Nach Trumps Ultimatum
Hamas droht mit Ermordung der Geiseln in Gaza

POLITIK 07.03.2025 17:54
"Sie haben ein großartiges Land"
Ukraine-Soldaten schicken USA Dankesgrüße von der Front

POLITIK 07.03.2025 15:04
Kopflose Sonderschulden?
Risikoforscher fordert: "nicht wieder nur Dickblech" kaufen

POLITIK 07.03.2025 13:38
EU-Verteidigungsausschuss zu Gipfel
Terras: "Orban hat sich als Laufbursche für Putin erwiesen"

Ein Universitätssprecher sagte später dazu: "Wir prüfen die Ankündigung der Bundesbehörden und sichern zu, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die Bundesmittel für die Columbia wiederherzustellen." Die Universität nehme ihre rechtlichen Verpflichtungen ernst und sei sich darüber im Klaren, wie "ernst" die Ankündigung sei. "Wir verpflichten uns, Antisemitismus zu bekämpfen und die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Studenten, unserer Dozenten und unseres Personals zu gewährleisten", fügte der Sprecher hinzu.

Trump kündigt Sanktionen gegen Studenten an

US-Präsident Donald Trump hatte am Dienstag angekündigt, die staatlichen Gelder für Bildungseinrichtungen zu kürzen, die "illegale Demonstrationen" zuließen. Zudem gab er noch weitreichendere Schritte bekannt. "Aufwiegler werden inhaftiert oder für immer in das Land zurückgeschickt, aus dem sie kamen. Amerikanische Studenten werden für immer hinausgeworfen oder, abhängig von der Straftat, festgenommen", erklärte Trump in seinem Onlinedienst Truth Social.

Im vergangenen Jahr waren zahlreiche US-Universitäten, darunter auch die Columbia University, Schauplatz gewalttätiger antiisraelischer Proteste rund um den 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Gaza-Krieg. Am Dienstag demonstrierten erneut mehr als 200 propalästinensische Aktivisten auf dem Campusgelände. Sie versammelten sich dort anlässlich eines Besuchs des ehemaligen israelischen Regierungschefs Naftali Bennett, der sich im Rahmen eines Vortrags an der Universität aufhielt.

POLITIK 06.03.25
"Sonst ist es für euch vorbei"
Trump schickt Hamas eine "letzte Warnung"

Quelle: ntv.de, mau/AFP

Laufbursche für Putin erwiesen"

BILDERSERIEN

POLITIK 01.03.2025 05:30
Angriff auf den Staat
Wie Trump die USA umbaut

POLITIK 27.02.2025 15:45
Erschossen, vergiftet, gestürzt
Der Mord an Boris Nemzow - und die lange Liste der toten Putin-Kritiker

POLITIK 27.02.2025 07:27
Wer legte das Feuer?
Als 1933 der Reichstag brannte